



Dr. Stephan Eisel  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Wahlkreisbüro: Markt 10-12  
53111 Bonn  
0228 -184 99832  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030 - 227 – 77088  
[stephan.eisel@bundestag.de](mailto:stephan.eisel@bundestag.de)

# Medienmitteilung

---

Nr. 5/09

14. Januar 2009

## Seriosität statt Luftnummern

„Unseriöse Zahlenspielerereien“ hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel der Bonner SPD im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket der Großen Koalition vorgeworfen: „Dass SPD-OB-Kandidat Jürgen Nimptsch drei Tage bevor die Koalition überhaupt Beschlüsse gefasst hat, 75 Mio € für Bonn angekündigt hat, war völlig aus der Luft gegriffen. Mit solchen Spielchen macht man sich lächerlich und kann man Bonner Interessen gegenüber dem Bund nicht vertreten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Kelber jetzt die Zahl 35 Mio € genannt. Tatsächlich steht aber noch überhaupt nicht fest, wieviel Geld tatsächlich in Bonn ankommen wird, denn entscheidend dafür ist die Qualität der vorgesehenen Investitionen.“

Eisel wies darauf hin, dass das Bundesgeld nicht für die Finanzierung eines allgemeinen kommunalen Wunschzettel von der Oper bis zum Rathaus oder für die kommunale Haushaltssanierung – Bonn zahlt für 1,3 Milliarden € städtischer Schulden 62 Mio € an Zinsen jährlich - fließen werde: „Es geht um Arbeitsplätze und Zukunftsinvestitionen: Die Koalition hat eindeutige Schwerpunkte für die Bundesförderung kommunaler Projekte beschlossen. 65 % werden auf den Investitionsschwerpunkt Bildung entfallen, und zwar ganz konkret für Kindergärten und die energetische Sanierung von Schulen. 35 % der Finanzhilfen des Bundes können für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, d. h. insbesondere Krankenhäuser, Städtebau und Lärmsanierung an kommunalen Straßen.“

„Wieviel Geld letztlich in Bonn ankommt, hängt entscheidend davon ab, welche Projekte in den genannten Schwerpunkten bau- und genehmigungsreif in den Verwaltungsschubladen liegen. Dazu hat die CDU-Ratsfraktion von der Verwaltung zu Recht eine Übersicht verlangt. Auf dieser Grundlage muss man sich dann möglichst schnell über die Parteigrenzen hinweg einigen. Wer Bonn etwas erreichen will, muss seriös arbeiten und darf keine Luftnummern produzieren.“